

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die fleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pf.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 110.

Dienstag, den 20. September

1904.

### Warnung.

Es sind des Oesteren Steine in das Gasanstaltsgrundstück und sogar nach den Gasbehältern gemorfen worden. Wir warnen hiermit vor Wiederholung dieses Unfalls, der unberechenbare Folgen haben könnte, und fordern das Publikum auf, bei Wahrnehmung der gefährlichen Thorheit die Täter ohne Verzug zur Bestrafung anzuzeigen.

Eibenstock, am 14. September 1904.

### Der Stadtrat.

Hesse.

Bg.

Dem Handarbeiter **Ernst Emil Sagert** hier ist heute an Stelle eines angeblich verloren gegangenen Arbeitsbuches ein **neues Arbeitsbuch** ausgestellt worden. Zur Verhütung von Mißbrauch wird dies hiermit bekannt gegeben.

Stadtrat Eibenstock, am 15. September 1904.

Hesse.

B.

### Schutz der Fußwege betreffend.

Die Bürgerschaft wird erneut dringend ersucht, den ordnungsmäßig hergestellten Fußwegen hiesiger Stadt eine recht pflegliche und vorsichtige Behandlung angedeihen zu lassen. Jeder Grundstückseigentümer wolle darauf achten, daß Beschädigungen der Fußwege durch die Hausbewohner vermieden werden. Es kann aber auch von jedem hiesigen Einwohner erwartet werden, daß er die zur Sicherheit und Bequemlichkeit des Fußverkehrs geschaffenen Trottoire schützt und etwa von ihm bemerkte Fußweg-Schädigungen und deren Urheber unverzüglich nach der Wahrnehmung zur Anzeige bringt.

Da die Klagen insbesondere über das Befahren der Fußwege mit Wagen aller Art nicht verstummen, so weisen wir hiermit anderweit darauf hin, daß das Befahren, sowie alles Beschädigen der Fußwege an dem Schuldigen mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bez. Haft bis zu 14 Tagen zu bestrafen ist und daß Zuwiderhandlungen in letzterer Beziehung nunmehr in allen Fällen mit der verdienten Strenge beurteilt werden.

Stadtrat Eibenstock, den 17. September 1904.

Hesse.

Müller.

### Herr Kapellmeister Otto Julius Hönicke

aus Merzdorf, Kreis Liebenwerda,

ist heute als **Stadtmusikdirektor** von Eibenstock verpflichtet und eingewiesen worden.

Stadtrat Eibenstock, den 19. September 1904.

Hesse.

Müller.

### Brandversicherungsbeiträge betr.

Die **Brandversicherungsbeiträge** auf den II. Termin 1904 — 1. Oktober — sind nach einem Pfennig für die Einheit bei der Gebäude- und nach ein und einem halben Pfennig für die Einheit bei der freiwilligen Versicherungs-Abteilung nebst den fälligen Stückbeiträgen und Explosionsversicherungsbeiträgen bis spätestens **zum 8. Oktober 1904**

bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme zu entrichten.

Eibenstock, am 19. September 1904.

### Der Stadtrat.

Hesse.

Schröter.

### Korpsbantenlärm.

Unter williger Beihilfe der französischen Nationalistenpresse ist während der letzten Tage in englischen Blättern ein wahrer Hegenabbath von Verleumdungen gegen Deutschlands Politik im ostasiatischen Kriege losgebrochen. Es werden mit dreifacher Stirn als Tatsachen eine Reihe von Erfindungen verbreitet, die insgesamt das Ausland in den Glauben verlegen sollen, daß die deutsche Diplomatie Rußland mit hinterlistigen Plänen gegen Japan und gegen England zu umgarnen suche. Sachlich gibt es für die Ausstreuung solcher Lügen nicht den Schatten einer Rechtfertigung. Denn unsere Beziehungen zu Rußland sind bei aller Freundlichkeit von jeder Handlung oder Unterlassung, die Japan mit Grund als Neutralitätsverletzung auffassen könnte, gewissenhaft frei gehalten worden. Gegen böswillige Verdächtigungen aber ist auch die loyalste Politik nicht geschützt. Es fragt sich nur, wie dieses alles früher übersteigende Kesseltreiben gegen Deutschland politisch zu erklären ist und welchen Zwecken es dienen soll.

Der Spul begann in dem Augenblick, wo es den Japanern und ihren europäischen Freunden klar wurde, daß die Kämpfe bei Kiautschow nichts weniger als die erhoffte Katastrophe der russischen Feldarmee in der Mandschurei herbeigeführt haben. Europäisches geordnetes Rückzug läßt ihn sogar in den Augen britischer Militärkritiker beim Vergleich mit den um die Vorbeeren eines asiatischen Seeban geprellten Meerführern Japans als den überlegenen Strategen erscheinen. Politisch aber war das Ergebnis der gerade für den Angreifer so überaus verlustreichen letzten Schlachten nicht etwa eine Entmutigung der leitenden Kreise in St. Petersburg, sondern im Gegenteil bei der russischen Regierung, wie bei Kaiser Nikolaus persönlich die Reubelebung des Entschlusses, den Krieg unter allen Umständen fortzusetzen. Das eröffnet für Japan die Aussicht auf weitere und größere Anstrengungen auf lange Monate winterlicher Kampfbereitschaft ohne wesentliche neue Erfolge in dem allmählich unpopulär werdenden Feldzuge. Denn nach der Rettung des russischen Landheeres würde auch der Fall von Port Arthur nicht mehr die Bedeutung eines militärischen oder die internationale Lage endgültig zu Gunsten Japans wendenden Triumphes haben. Er würde nichts ändern an der Fortdauer des ostasiatischen Ringens unter allmählich besseren Bedingungen für Rußland und erhöhten Schwierigkeiten für seinen Gegner.

Mit der Verlängerung des Krieges wird aber ein Stand der Dinge besiegelt, in dem die russische Diplomatie sich schlechterdings gegen Deutschland nicht mißbrauchen lassen kann und in dem Frankreich bei seinen Liebesgeleien mit England mehr und mehr vorsichtig werden muß. Das ist dann freilich ein dicker Strich durch alle Bemühungen, der englisch-französischen Annäherung in Europa ein Seitenstück auf asiatischem Gebiet in der Form britisch-russischer Friedensgeschäfte zu geben. Daher nach Erkenntnis der politischen Folgen von Kiautschow der Eifer, bei der öffentlichen Meinung Englands, Japans und Frankreichs als verantwortlichen Urheber für die Entstehung einer in London, Tokio und Paris unbehaglichen Lage den deutschen Kaiser anzuschwärzen, indem man ihn abwechselnd im Lichte selbstthätiger Vermittlungspläne, oder geheimer Abmachungen mit Rußland oder völlerrechtswidriger Mitwirkung bei der Entsendung des baltischen Geschwaders nach Ostasien schildert oder endlich eine deutsch-russische Monarchenbegegnung ankündigt, in der geheimnisvolle Ränke weiter ausgesponnen werden sollen — alles nur, weil die Trauben der Demütigung Rußlands durch einen unwürdigen Friedensschluß und der Unterwerfung des zarischen

Machtwillens unter westeuropäische Mächte nach Kiautschow sauer geworden sind und noch lange bleiben werden.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser ist am Freitag morgen nach Beendigung der großen Manöver in Caviner eingetroffen. Anlässlich der Kaisermanöver ist von Sr. Majestät eine große Anzahl Orden verliehen worden.

— Berlin, 17. September. Wie der „Deutschen Tagesztg.“ zufolge verlautet, sollen in den Reichshaushaltungsplan für 1906 Mittel eingestellt werden, um allgemeine Ermittlungen über Lage und Wünsche des Mittelstandes vorzunehmen.

— Es ist eine nur zu bekannte Tatsache, daß trotz wiederholter, einmütig gefasster Beschlüsse des Reichstags die Fürsorge für unsere Kriegsinvaliden immer noch eine durchaus ungenügende ist. Nicht minder bekannt ist es, mit welchem Eifer und mit welchem Erfolge die sozialdemokratische Partei die Ausbeutung dieses beschämenden Zustandes sich angelegen sein läßt. Der Vorwärts veröffentlicht jetzt abermals den Brief eines Kriegsinvaliden, der trotz der größten Not weder von der Kronprinzen-Stiftung, noch von der Kaiser Wilhelm-Stiftung, noch von der Prinz Kuitpold-Stiftung, noch vom Kyffhäuser-Bund wegen fehlender Mittel eine Unterstützung erhalten konnte, und nun gezwungen ist, auf dem Wege eines Zeitungsinserats die Miltätigkeit Privater in Anspruch zu nehmen. Dieser Fall beleuchtet von neuem die Notwendigkeit, daß das Reich endlich auf dem Gebiete der Invalidenfürsorge durchgreifende Maßnahmen treffen muß. So lange aber das Reich infolge der ungünstigen Finanzverhältnisse die Kriegsinvaliden vernachlässigt, sollten andere Instanzen wenigstens einigermaßen die Pflicht erfüllen, die dem Reiche obliegt. Sehr sympathisch würde es zweifellos im ganzen Volke begrüßt werden, wenn die bevorstehende Hochzeit des Kronprinzen von öffentlichen Körperschaften, die dem Kronprinzenpaar ein Hochzeitsgeschenk überreichen wollen, dazu benutzt würde, an die Stelle prunkvollen Hausrates Stiftungen für Kriegsinvaliden treten zu lassen.

— Als es bekannt wurde, daß der Textilarbeiterverband die letzten vier am Streik von Crimmitschau beteiligten Weber glatt habe fallen lassen und ihnen jede Unterstützung für die Zukunft vorenthielt, gab man sich der Hoffnung hin, daß diese Meldung widerrufen werden würde. Aber sie wird durch das Organ des Verbandes bestätigt. Man habe, heißt es, die Leute ein Jahr lang unterstützt, könne das aber doch unmöglich zeit lebens tun. Pflichtwidrig würde die Verbandsleitung handeln, wollte sie denen eine Unterstützung zubilligen, welche Arbeit nachgewiesen erhielten, der Arbeit aber aus dem Wege gingen. Tatsache bleibt, daß die vier wegen ihrer zahlreichen Familien nicht abwandern können und in Crimmitschau keine Arbeit gefunden haben. Neu hinzukommt, daß die ehemaligen Streikleiter die einst hocherwünschten Mitkämpfer jetzt als pflichtvergesene, der Ehre bare arbeitsscheue Parasiten vor aller Welt brandmarken.

— Oesterreich-Ungarn. Aus alldeutschen Kreisen erfährt die „Köln. dtische Volksztg.“, daß seit längerer Zeit in mehreren Kronländern Verhandlungen wegen Gründung einer neuen alldeutschen Partei in Form eines Zusammenschlusses jener Alldeutschen im Gange sind, welche weder mit Schönerer, noch mit Wolf zufrieden sind. Die Besprechungen unter den Gründern dieser neuen radikalen Parteirichtung, welche bisher in vertraulicher Weise geführt werden, sollen in aller nächster Zeit einen mehr öffentlichen Charakter annehmen und

vielleicht schon bei der bevorstehenden Landtagssitzung in Böhmen zu praktischer Betätigung führen. Weiter soll im Laufe dieses Herbstes noch eine größere Vertrauensmännerversammlung abgehalten werden, in welcher über den Namen und das Programm der Partei Beschluß gefaßt werden soll. Derzeit wird ein Aufruf an die Gesinnungsgenossen vorbereitet, in welchem das Festhalten an den Linien Grundsatzen betont wird. Die Bewegung soll in Böhmen ihren Ursprung genommen und in den anderen Provinzen entsprechenden Anlauf gefunden haben.

— Italien. Die italienische Regierung will die Zahl der Armeekorps von zwölf auf zehn herabsetzen. Die hierdurch erzielte Ersparnis soll zur Vergrößerung der Flotte verwandt werden.

— Dänemark. Der japanische Marinekapitän Tachibana hat in diesen Tagen die Städte Korör und Ålborg und ferner Kap Skagen besucht. Die dänische Polizei überwachte alle seine Bewegungen und verhaftete ihn als Spion.

— Sien. Wie die „Times“ aus Peking, 15. ds. Mts., meldet, ist der Entwurf des englischen Vertrages mit Tibet dort eingetroffen. Er besteht aus einer Einleitung und zehn Paragraphen. Tibet verpflichtet sich, drei Märkte für den Handel zwischen englischen und tibetischen Kaufleuten zu öffnen und den Warenverkehr auf den bestehenden und den noch zu bauenden Straßen zwischen Indien und Tibet zu gestatten. Tibet zahlt eine Entschädigung von 500 000 Pfund in drei Jahresraten. Zur Sicherung der Durchführung der Vertragsbestimmungen belegen die englischen Truppen das Tschumbi-Tal. Ohne englische Erlaubnis darf tibetisches Gebiet weder durch Verkauf noch durch Verpachtung an irgendeine fremde Macht abgetreten werden. Keiner fremden Macht ist erlaubt, sich in die tibetischen Angelegenheiten einzumischen, Wege, Eisenbahnen und Telegraphenlinien zu bauen oder Bergwerke zu eröffnen.

— Vom russisch-japanischen Krieg. Wider Erwarten scheint es demnächst zu einem neuen bedeutenden Kampfe und zwar bei Mukden kommen zu sollen. Allerdings stimmen die dahin gehenden neueren Nachrichten nicht mit den russischen Intentionen und Bewegungen überein, welche in der letzten Zeit glaubwürdig übermittelt wurden. Danach schien es nicht, als ob sich Kuropatkin schon bei Mukden, nur 70 Kilometer von Kiautschow entfernt, wieder zur Schlacht stellen würde. Allerdings müßte das Aufgeben der alten chinesischen Kaiserstadt und ihre Einnahme durch die Japaner weiter einen höchst ungünstigen Eindruck zu Ungunsten der Russen auf chinesischer Seite machen und vielleicht den Russen neue Schwierigkeiten von dort bereiten. Es scheint ja schon wieder bedenklich in China, auch fern vom Kriegsschauplatz, zu gähren. So wird der Agence Havas aus Peking unter dem 16. d. gemeldet: Chinesische Truppen sind nach dem Süden der Provinz Tschili und dem Norden der Provinz Honan entsandt worden, um dort den Ausbruch von Unruhen zu verhindern; denn Agitatoren drohen, in diesen Gebieten eine feindselige Bewegung gegen die Eisenbahn Hankau-Peking hervorzurufen. Auf den chinesischen Protest, Japaner und Russen möchten nicht bei den heiligen Kaisergräbern in der Umgebung von Mukden kämpfen, nehmen die Kriegsparteien selbstverständlich keinerlei Rücksicht.

Petersburg, 16. September. In den letzten Tagen haben nach den vorliegenden Meldungen keine Kämpfe stattgefunden. Wie berichtet wird, ist eine Verstärkung der japanischen Vorhut auf der Linie Jantai-Bagnopuffi bemerkt worden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß das japanische Heer sich vorbereitet, die Offensive zu ergreifen.

Petersburg, 17. September. Wie der Chef des Stabes des Statthalters dem Generalstab meldet, weicht der amtliche Bericht des Marschalls Oyama über die Einnahme Kiautschow